

Postulat Meier Anja und Mit. über Mund- und Zahnpflege darf kein Luxus sein

eröffnet am 24. März 2025

Der Regierungsrat wird gebeten, die Prävention in und die Förderung der Mund- und Zahngesundheit zu intensivieren. Dabei soll auch die Einführung eines Systems geprüft werden, welches verhindert, dass Teile der Bevölkerung aus finanziellen Gründen auf zahnärztliche Behandlungen verzichten.

Begründung:

Der Zugang zu zahnmedizinischer Versorgung ist ein zentraler Bestandteil der öffentlichen Gesundheit. Dennoch sind Zahnbehandlungen in der Schweiz nicht durch die obligatorische Grundversicherung (KVG) gedeckt. Immer mehr Menschen können sich diese Kosten nicht leisten und verzichten deshalb auf notwendige Behandlungen. In einer schweizweit durchgeführten Studie aus dem Jahr 2020 gaben 30 Prozent der Befragten an, aus Kostengründen auf einen Zahnarztbesuch verzichtet zu haben. Besonders betroffen sind junge Menschen und Personen mit tiefem Einkommen.¹

Unbehandelte Zahnprobleme bergen erhebliche Gesundheitsrisiken. Sie können Infektionen auslösen und schwerwiegende Folgeerkrankungen verursachen. Frühzeitige und präventive Behandlungen sind nicht nur gesundheitlich sinnvoll, sondern auch kosteneffizient, da sie dazu beitragen, teure Folgeeingriffe zu vermeiden. Der Kanton Luzern ist deshalb gefordert, seine gesundheitspolitische Verantwortung wahrzunehmen und durch geeignete Massnahmen sicherzustellen, dass auch Personen in prekären Situationen Zugang zur mund- und zahnmedizinischen Versorgung erhalten.

Andere Kantone haben bereits innovative Modelle eingeführt: Im Kanton Wallis erhalten Haushalte, die bestimmte Einkommensgrenzen nicht überschreiten, Zuschüsse von bis zu 500 Franken pro Jahr für Zahnbehandlungen. Ein ähnliches Modell könnte auch im Kanton Luzern umgesetzt werden. Dabei sollten nicht nur akute Behandlungen, sondern auch präventive Massnahmen wie Dentalhygiene abgedeckt werden. Im Fokus stehen sollen insbesondere auch Menschen, welche die Schwelle für Sozialhilfe oder Ergänzungsleistungen knapp nicht erreichen.

Parallel dazu wird die Regierung gebeten, anderweitige Massnahmen zu prüfen, um die Zahn- und Mundhygiene bei anderen vulnerablen Bevölkerungsgruppen gezielt zu fördern, etwa bei Kindern und Jugendlichen, Menschen mit Behinderungen oder Bewohnerinnen und Bewohnern von Alters- und Pflegeheimen.

¹ Siehe https://www.ovs.ch/media/9046/ovs_renoncement_soins_30082022_d.pdf.

Meier Anja

Budmiger Marcel, Ledergerber Michael, Engler Pia, Brunner Simone, Pilotto Maria, Horat Marc, Bühler Milena, Galbraith Sofia, Muff Sara, Bühler-Häfliger Sarah, Rey Caroline, Zbinden Samuel, Koch Hannes, Heselhaus Sabine, Bolliger Roman, Irniger Barbara, Waldvogel Gian, Schuler Josef, Schärli Stephan, Kummer Thomas, Fässler Peter, Elmiger Elin